

CDU ist sich einig, Freie Wähler stimmen unterschiedlich ab

In der Debatte im Warthäuser Rat gibt es drei Stellungnahmen stellvertretend für unterschiedliche Positionen

Für die Einleitung des Verfahrens zur 5. Änderung des Flächennutzungsplans 2020 haben sich Bürgermeister Wolfgang Jautz, die sechs Räte der CDU-Fraktion und vier Räte der Freien Wähler (FW) ausgesprochen. Zwei FW-Räte fehlten entschuldigt. Gegen den Beschluss sprachen sich die FW-Räte Hermann Huchler, Johannes Hummler und Peter Zick aus.

Richard Matzenmiller sagte namens der CDU-Fraktion, die großen Biberacher Firmen seien über die Jahrzehnte vorangekommen, weil die Kommunen ihnen Erweiterungen ermöglicht hätten. Auch „Hunderte, wahrscheinlich Tausende Warthäuser“ hätten von guten Arbeitsplätzen profitiert und viele seien durch Biberach zu Werken am anderen Ende der Stadt gefahren. Die Verlässlichkeit der Firmen gelte es zurückzugeben. „Wenn jetzt der Platz ausgeht, muss das Umland mithelfen“, sagte er. Werde in der Nähe der Stammwerke erweitert, trage dies zu weniger Luftverschmutzung bei. Es biete Flexibilität für die Unternehmen, Arbeitsplätze für die Region „und viel Potenzial für örtliche Zulieferer“.

Der Abstand zu Wohnhäusern wäre beim IGI nicht geringer als vom Aspach zu Oberwarthausen oder in Biberach vom Liebherr-Werk zum Sandberg. 45 Hektar seien ein hoher Flächenverbrauch, es entspreche aber 1,73 Prozent der Gemarkungsfläche Warthausen und 0,15 Prozent der Fläche der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Biberach. Er wies darauf hin, dass Warthausen die Änderung des Flächennutzungsplans nicht aufhalten könne, da darüber der gemeinsame Ausschuss der VG entscheide. Die Gemeinde solle ihre Kraft lieber dafür aufwenden, „die Planung dorthin zu lenken, dass bestmögliche Ergebnisse für unsere Bürger“ herauskommen. Matzenmiller rief die jetzt engagierten Bürger dazu auf, bei der nächsten Wahl dafür zu sorgen, dass ein Vertreter aus Höfen im Rat sitze – das ist momentan mangels Kandidaten nicht der Fall.

Innerhalb der FW-Fraktion gab es keinen Konsens. Stellvertretend für die vier FW-Räte, die mit Ja stimmten, gab Ulrich Geister eine Stellungnahme ab: Der Wohlstand in der Region, die geringe Arbeitslosigkeit und Steuereinnahmen, „von denen viele andere träumen“, seien die Basis für viele Annehmlichkeiten. „Es ist Aufgabe der Politik, den Rahmen hierfür zu schaffen. Jetzt sind wir dran, die Weichen für unsere Kinder zu stellen.“ Das weitere Verfahren biete die Basis für eine breite öffentliche Beteiligung, „um die Eignung oder Nichteignung des Gebiets festzustellen“. Die Gemeinde lasse sich auf Vorschlag der Verwaltung durch Fachanwälte beraten. Alle Anregungen der Bürger sollen geprüft werden, sagte Geister und bat „alle, sich weiter konstruktiv einzubringen“. Geister weiter: „Wir schicken heute Bürgermeister Jautz in den gemeinsamen Ausschuss der VG – nicht mehr und nicht weniger.“

„Andere Flächen geeigneter“

Für die drei FW-Räte, die mit Nein stimmten, führte Hermann Huchler „Bedenken wegen der Wasserschutzgebiete und der sehr ertragreichen Böden für die Landwirtschaft“ an, die fürs IGI geopfert werden müssten. Andere Flächen wie eine weiter südwestlich gelegene

Kiesbrache seien geeigneter, „da wäre der Eingriff viel geringer“. Skeptisch äußerte er sich zu den Chancen für einen Bahnanschluss, den die IGI-Befürworter gerne als Argument ins Feld führen. Ummendorf etwa bekomme seit Jahren keinen, so Huchler, weil es zu nahe am nächsten Haltepunkt liege – und das werde auch fürs IGI bei Herrlishöfen gelten, fürchtet er. Er sagte weiter: „Zu schnelles Wachsen hat auch Nachteile“, das zeige sich in der Gemeinde etwa bei den Schwierigkeiten, Kitaplätze zu finanzieren. Huchler rief zugleich alle dazu auf, in der Debatte übers IGI die Firma Handtmann aus dem Spiel zu lassen. Die Firma will sich als Erste dort ansiedeln, aber geplant und vorangetrieben wird das IGI von den vier Kommunen Biberach, Maselheim, Schemmerhofen und Warthausen. „Das würde auch für andere Unternehmen getan“, sagte Huchler, wohlgermerkt ein IGI-Skeptiker.